

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 16 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Wiedererlangung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 19 | Altensteig, Dienstag den 24. Januar 1928 | 51. Jahrgang

Sparfamkeit und Reichshaushalt

Der Reichsfinanzminister hat in seiner Haushaltsrede den von ihm vorgelegten Haushaltsentwurf für 1928 als **Haushalt der Sparfamkeit** bezeichnet. Merkwürdig, wie leicht bei einander die Gedanken wohnen, wie hart aber im Raum sich die Sachen stoßen. Seit der Befestigung der Währung hat jeder Reichshaushalt mit Mehreinnahmen, leider aber auch mit Mehrausgaben aufgewartet. Auch der Sparhaushalt für 1928 macht davon keine Ausnahme. Er schließt in Ausgaben und Einnahmen mit 9,5 Milliarden Mark ab, wobei allerdings der außerordentliche Haushalt miteingerechnet ist. Das ist insofern eine Abweichung gegen früher, als der außerordentliche Haushalt bisher reichlicher ausgestattet wurde, ohne daß dafür zwingende finanztechnische und finanzpolitische Gründe vorlagen. Wenn wir bei den früheren Haushalten ebenso verfahren, d. h. den ordentlichen und außerordentlichen Bedarf zusammenrechnen, so kommen wir für 1924 zu einer Gesamteinnahme von 8,4 Milliarden Mark, für 1925 auf die gleiche Summe, für 1926 auf 8,5 Milliarden Mark, während 1927 rund 9 Milliarden Mark erreicht wurden. Allerdings waren 1924 und 1925 die Ausgaben nicht ganz so groß wie die Einnahmen. Wirkliche Ueberschüsse hat eigentlich nur der Haushalt für 1924 gebracht, die aber zum Teil 1925 mitverbraucht wurden, während der Rest als Ueberschuss rechnungsmäßig in Erscheinung trat. Seitdem hat es Mühe und Not genug gefehlt, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten. Es ist noch in Erinnerung, daß der Reichsfinanzminister Köhler im Februar vorigen Jahres, als er den noch von seinem Vorgänger Dr. Reinhold aufgestellten Haushalt für 1927 dem Reichstag vorlegte, seinen schweren Sorgen Ausdruck gab, daß Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 8 Milliarden Mark sich ausgleichen würden. Der Aufstieg der Konjunktur, der im Frühjahr vorigen Jahres einsetzte, brachte nicht nur eine Steigerung der Produktion, sondern damit auch eine Steigerung der Einnahmen aus Steuern und Zöllen. Der Reichsfinanzminister glaubt, daß die Mehreinnahmen für 1927 sich Ende März 1928 auf rund 500 Millionen Mark belaufen werden. Mit einer halben Milliarde Mark läßt sich schon allerhand anfangen. Tatsächlich war der Reichsfinanzminister über die Verwendungszwecke nicht verlegen, denn er konnte hintereinander die Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kleinrentner sowie die der Beamten durchsetzen. Dazu kommt das Kriegsschadenschuldengeheiß, was zusammen ungefähr eine Mehrausgabe von 320 bis 350 Millionen Mark erfordert. Für 1927 ist dies finanzpolitische Problem gelöst. Die Frage ist nur, ob die Zuversicht des Reichsfinanzministers begründet ist, daß die Konjunktur in diesem Jahre nicht rückläufig wird. Denn nur dann sind die Voranschläge gerechtfertigt, die bei allen Steuern mit einem Mehraufkommen rechnen, das gegenüber dem Voranschlag für 1927 nicht weniger als 900 Millionen Mark beträgt. Der Reichsfinanzminister weist darauf hin, daß gegenüber diesem Voranschlag die Steuern- und Zolleinnahmen um 500 Millionen Mark höher gewesen seien. Das trifft zu.

Wenn aber nun noch 430 Millionen Mark im Haushaltsjahr 1928 mehr hereinkommen sollen, dann muß die Konjunktur sich nicht nur auf gleicher Höhe halten, sie muß sogar noch etwas steigen. Der Hinweis darauf, daß die Erhöhung der Beamteneinküfte sowie auch der Lohnneinkommen an sich schon eine Steigerung der Einnahmen aus den Steuern gewährleisten, ist nur bedingt richtig. Der Hauptertrag muß doch wohl aus den übrigen Besitz- und Verbrauchsteuern kommen, was nur möglich ist, wenn die Konjunktur sich weiter entwickelt. Daß die Arbeitsmarktlage zurzeit ungünstig ist, bedeutet noch nicht den Abstieg der Konjunktur. Da auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes jede Arbeitslosigkeit registriert werden muß, so werden auch als arbeitslos solche Arbeiter erfasst, die in der Regel im Winter arbeitslos sind. Also Bauhandwerker, ferner ländliche Arbeiter sowie auch Arbeitsgruppen, die in günstiger Jahreszeit auf eine ausgiebige Tätigkeit rechnen können. Zu schweren Sorgen gibt allerdings die Lage des Baumarktes für 1928 Veranlassung. Auf einen starken Zustrom von privatem Kapital ist selbst dann nicht zu rechnen, wenn dies im ausreichenden Maße vorhanden wäre. Solange die Zwangswirtschaft für den Wohnungsmarkt bestehen bleibt, sind und bleiben alle Kapitalanlagen auf dem Baumarkt unsicher. Die unmittelbare Auswirkung ist, daß jedes private Kapital, das sich heute dem Baumarkt zuwendet, gerade wegen der Unsicherheit in der nächsten Zukunft eine sehr hohe Verzinsung verlangt. Der Reichsfinanzminister hat selber dem Zweifel Ausdruck gegeben, als ob der Inlandsmarkt für 1928 ebenso aufnahmefähig sein werde als im Vorjahre. Der Ausgleich soll durch die

Steigerung der Ausfuhr geschafft werden, was in Reden und in Schüssen viel leichter geht als in der harten Wirklichkeit der Dinge. Damit aber entfällt sich uns die ganze Problematik der deutschen Reichsfinanzpolitik. Am 1. September 1928 beginnt das fünfte Dawesjahr zu laufen, das als das erste Normaljahr mit einer Belastung von 2,5 Milliarden Mark anzusehen ist. Sehr wahrscheinlich kommen noch Mehrleistungen auf Grund des Besserungsscheines hinzu, die mit rund 200 bis 300 Millionen Mark anzusehen sind. Nun sind diese Mehrleistungen im Haushaltsvoranschlag für 1928 schon vorgegeben. Allein der ganze Haushalt steht und fällt damit, daß die Konjunktur nicht rückläufig wird.

Die nächste Klippe

Man schreibt uns:

Während man sich im Plenum des Reichstages mit dem Finanzminister Köhler über den Reichsetat für 1928 auseinandersetzt, tritt eine Frage in den Vordergrund, die im Rahmen der schulpolitischen Erörterungen der letzten Monate mehrfach Gelegenheit zu heftigen Polemiken in der Presse Anlaß gegeben hat. Es handelt sich um den Paragraphen 20 des Schulgesetzentwurfes, der von jeher als der Punkt bezeichnet wurde, an dem die Meinungen der Regierungsparteien am schärfsten auseinanderklaffen würden. Man erinnert sich, daß die Deutsche Volkspartei zunächst sehr entschieden für die Erhaltung der alten Schulsysteme in den bekannten Simultananschulenkündern eingetreten war. Sie wollte, daß diese Länder ihre Schule für alle Zeiten beibehalten, während Deutschnationale und Zentrum der Auffassung sind, daß auch diese Länder im Laufe der Zeit in die allgemeine Regelung der Regierungsvorlage einbezogen werden müssen. Nachdem nun die Deutsche Volkspartei in einer Reihe von Fragen einer Kompromißlösung zugestimmt hat, ist es verständlich, wenn bereits am Vorabend der Beratungen über den Paragraphen 20 im Bildungsausschuß des Reichstages Gerüchte aufstiegen, die davon wissen wollen, daß die Deutsche Volkspartei auch hier zum Nachgeben oder besser gesagt, zum Einlenken bereit sei. Man wird allerdings gut tun, zunächst einmal abzuwarten, wie die Vertreter der Volkspartei im Ausschuß operieren werden. So ohne weiteres werden sie sicher nicht ihre Position aufgeben, es sei denn, daß sie Kompensationen in anderen Teilfragen der Schulvorlage verlangen, was natürlich im Effekt doch darauf hinauslaufen würde, daß die Verhandlungen neue große Hemmnisse und Widerstände vorfinden. Fürs erste wird man die oben gekennzeichneten Gerüchte am besten dahin auffassen, daß man sie als Ausfluß der Meinung jener Gruppe der Deutschen Volkspartei bezeichnet, die für das Zustandekommen des Schulgesetzes auch dann eintritt, wenn die Volkspartei noch mehr parteipolitische Opfer bringen müßte. Auf der anderen Seite ist es aber durchaus möglich, daß die Deutsche Volkspartei in ihrer Gesamtheit aus umfassenden politischen Gründen für die Verabschiedung der Regierungsvorlage eintreten wird. Man darf also mit einiger Spannung den Ausschußberatungen über den Paragraphen 20 entgegensehen. Es gibt natürlich noch eine andere Möglichkeit, die Gegenläufe, falls sie allzu kraft in Erscheinung treten, zu überwinden. Vielleicht wendet man wieder das beliebte Mittel an, nach eingehender Diskussion die endgültige Entscheidung bis zur zweiten Lesung im Plenum des Reichstages aufzuschieben. In der Sache wäre zwar damit nichts erreicht, aber man hätte wenigstens wieder Zeit gewonnen, um sich gegenseitig so lange zu bestürmen, bis dieser oder jene Teil zum Nachgeben bereit ist.

Der entscheidende Paragraph des Schulgesetzes

Berlin, 23. Jan. Nachdem auch die Bestimmungen des Schulgesetzes über die Einrichtungsmaßnahme der Religionsgesellschaften in den Religionsunterricht im wesentlichen in der Form des Kompromisses der Regierungsparteien im Bildungsausschuß des Reichstages verabschiedet worden sind, wird sich der Ausschuß in seinen weiteren Beratungen am Dienstag noch mit dem Recht der unstrittigen Paragraphen des Gesetzes beschäftigen müssen. Dazu gehört vor allem auch die Schenkung für die Simultan- und die allgemeine Uebersetzungsricht des § 20. Danach tritt das Gesetz in den sogenannten Simultananschulenkündern Baden und Hessen erst fünf Jahre nach seiner Verkündung in Kraft. Da außer den Oppositionsparteien auch die Deutsche Volkspartei eine länger dauernde Sicherung der bestehenden Simultananschulen verlangt, so fanden am Montag nochmals Besprechungen unter den Regierungsparteien über dieses Problem statt. Die Besprechungen über den § 20 sind unterbrochen worden, ohne daß bisher eine Annäherung der gegenseitigen Auffassungen zwischen Volkspartei und Zentrum festgestellt werden

kann. Vom Zentrum wird, wie das Nachrichtenbüro des B. d. Z. mitteilt, die Forderung der Deutschen Volkspartei, monach in dem vordern, wo „nach Gesetz und Verkommen“ die Simultanschule bisher besteht, es beim Alten bleiben soll, als ganz unannehmbar und verfassungswidrig bezeichnet, weil die Verfassung den Begriff des „Verkommen“ nicht kennt. Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden; sie dürften noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Das Reichsschulgesetz

Berlin, 24. Januar. Der „Germania“ zufolge bestehen innerhalb der Koalition nicht nur über den Paragraphen 20 des Reichsschulgesetzes, sondern auch über den Paragraphen 9, der den geordneten Schulbetrieb behandelt und den Paragraphen 14, der gewisse Richtlinien für die zum Religionsunterricht bestimmten Lehrbücher aufstellt, Meinungsverschiedenheiten. Die Formulierung, die die beiden Paragraphen in der ersten Lesung gefunden haben, genügt der Zentrumspartei nicht. Sie verlangt, daß über ihren Sinn hinausgegangen wird.

Neues vom Tage

Günstiger Stand der Reichseinnahmen

Berlin, 23. Jan. Nach der neuesten Uebersicht über die Einnahmen des Reiches erbrachte das Gesamtaufkommen in den ersten drei Quartalen des laufenden Steuerjahres 525 Millionen Mark mehr als drei Viertel des Voranschlags für das gesamte Steuerjahr von 7750 Millionen M., jedoch auch nach dem geringeren Dezemberaufkommen ein günstiges Gesamtergebnis für das Rechnungsjahr 1927 erwartet werden kann.

Eine Denkschrift über die Kanalbauten

Berlin, 23. Jan. In Erledigung einer Entschließung hat der Reichsverkehrsminister jetzt dem Reichstag eine ausführliche Denkschrift über Kanalbauten zugeben lassen. In den Vereinbarungen bei der Übernahme der Landeswasserstraßen verpflichtet sich das Reich, den Mittelrandkanal zu vollenden, die Rhein-Main-Donau-Verbindung herzustellen und den Neckar auszubauen. Das Ziel dieses eingeschränkten Bauprogramms sei also im wesentlichen, das westliche und östliche Wasserstraßennetz miteinander zu verbinden und Nordbayern und Württemberg an die Großschiffahrt des Rheins anzuschließen. Diese Arbeiten würden noch etwa zehn Jahre in Anspruch nehmen. Sind die in dem eingeschränkten Bauprogramm aufgestellten Ziele erreicht, so wird die Reichsregierung mit den Landesregierungen wegen der weiteren Durchführung der Staatsverträge erneut in Verhandlungen treten. Die Kosten, welche für die Durchführung des eingeschränkten Programms in den nächsten zehn Jahren jährlich vom Reich aufgebracht werden müssen, werden sich nach der Denkschrift voraussichtlich im Jahresdurchschnitt auf 33,7 Millionen M. belaufen. Zum Schluß stellt die Denkschrift fest, daß zur Beschleunigung des Anleihenwerts für die Kanalbauten keine Möglichkeit mehr bestehe, da ein großer Teil der Ausgabe bereits bewilligt und auch verbraucht sei, und daher nicht nochmals angefordert werden könne.

Gründung eines völkischen Kampfbloßes

Berlin, 23. Jan. Am 22. Januar ist in Berlin unter harter Beteiligung von Vertretern aus dem ganzen Reich der „Völkische Kampfbloß“ gebildet worden. Bisher sind der Werwolf, das Deutschbanner Schwarz-weiß-rot, der nationale Gewerkschaftsbund Deutschlands e.V., die Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung, die Deutsch-Soziale Partei u. a. m. endgültig diesem Kampfbloß beigetreten. Die Grundzüge des Völkischen Kampfbloßes sind: 1. Kampf für deutsche Freiheit gegen die Verflämung der Erfüllungspolitik und die sich daraus ergebende Enteignung der deutschen Wirtschaft und Verelendung des deutschen Volkes; 2. Kampf gegen den heutigen unheimlichen Kapitalismus und für eine, dem deutschen Wesen in sozialem Geiste gerecht werdende Verfassung, aufgebaut auf dem Selbstverwaltungs- und Wirtschaftskörper; 3. Kampf gegen die Zerstückelung des deutschen Wesens durch die überstaatlichen Mächte und für die kulturelle Freiheit des deutschen Geistes. — Den vorläufigen Vorsitz des Arbeitsausschusses des Bloßes hat Studentrat Kloppe-Halle vom Werwolf übernommen.

Die Divisionskommandeure bei Gröner

Berlin, 23. Januar. Reichswehrminister Gröner wird, einer Blättermeldung zufolge, in den nächsten Tagen die zehn Divisionskommandeure der Reichswehr nach Berlin beordern, um mit ihnen eine Reihe von schwebenden militärischen Fragen zu besprechen.



Heute noch einmal Ben Hur!

Altensteig-Stadt

Verkauf von Fichte, Tanne und Forche Nutzprügeln

nach dem schriftlichen Meistgebote am Freitag, den 3. Februar 1928, vormitt. 11.30 Uhr im Rathause.

Die schriftlichen Angebote in Einheitspreisen je Km. sind bis spätestens zum 3. Februar 1928, vormittags 11.30 Uhr an das Stadtschultheißenamt einzureichen. Die Eröffnung erfolgt sofort.

Aus: VII Hochdorferwald 2, 4, 5, XI Wolfsrücken, VIII Enzwald 3, 5, 12, 18, 19, 21, VI Priemen 11, 31, 32, 34, II Hafnerwald 1

165 Km Fichte und Tanne Nutzprügel 1 m lang

219 Km Forche desgl. 1 m lang

zu Papier- und Schindelholz geeignet. Abfuhrfrist: 15. Mai 1928. Zahlfrist: 15. März 1928. Den 22. Januar 1928. Städt. Forstamt.

Altensteig-Stadt

Verkauf von Nadel-Stammholz

nach dem schriftlichen Meistgebote am Montag, den 6. Februar 1928, vormittags 11.30 Uhr im Rathause.

Die schriftlichen Angebote in 100 Stk. der Forstpreise für 1928 sind bis spätestens zum 6. Februar 1928, vormittags 11.30 Uhr an das Stadtschultheißenamt einzureichen. Die Eröffnung erfolgt sofort.

Aus: II Hafnerwald 1, 3, VI Priemen 11, 21, 31, 32, 34, 41, VIII Enzwald 12

930 Festmeter Fichte, Tanne und etwas Forche Stämme und Abschnitte I.—VI. Kl.

Abfuhrfrist: 1. Juni 1928. Zahlfrist: Je 1/2 am 15. März, 15. April und 15. Mai 1928. Den 23. Januar 1928. Städt. Forstamt.

Altensteig-Stadt

Verkauf von Schicht- und Brennholz

im mündlichen Aufgebote am Freitag, den 3. Februar 1928, nachmittags 3 Uhr im Rathause.

Aus: VI Priemen 11, 31, 32, 34, 41
5 Km Buche Prügel
18 „ Birke Nutzprügel
17 „ „ Prügel
33 „ Nadelholz Anbruch
154 „ „ Prügel
11 „ „ Reisprügel

Abfuhrfrist: 15. Mai 1928. Zahlfrist: 15. März 1928. Den 21. Januar 1928. Städt. Forstamt.

D Vitamine!!!

Fütterer Eute Käiber und Schweine mit HEMON-AUFBAUMEHL

ca. 200 Gramm tägliche Beigabe ins Futter ergeben 2% Pfund tägliche Gewichtszunahme. Das kostet nur 15 Pfg. bei völliger Milcherparnis. Für vollen Erfolg wird garantiert. Viele Dankschreiben von Bauern, Leinen und Genossenschaften vorliegend. Hühner, die keine Eier legen, geben Sie Hemon-Aufbaumehl! C. L. Erdina Futtermittel, Balingen, Württg. Alleinverkauf: Altensteig, Frh. Schlumberger, Drogerie. 10 Pfd. 4.50 M., 50 Pfd. 18.— M., 100 Pfd. 35 M. franco.

Altensteig-Stadt

Verkauf von Nussheit und Brennholz

im mündlichen Aufgebote am Montag, den 6. Februar 1928, nachmittags 3 Uhr im Rathause.

Aus Hafnerwald 1 und 3:

6 Km Fichte und Tanne Nussheit
18 „ „ „ „ Anbruch
144 „ „ „ „ Prügel
106 „ Schlagreis in 14 Losen

Abfuhrfrist: 15. Mai 1928. Zahlfrist: 15. März 1928. Den 22. Januar 1928. Städt. Forstamt.

Statt Garten!

Berneck-Gaugenwald

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unser r am Donnerstag, den 26. Januar 1928 im Gasthaus zum „Ochsen“ in Zwerenberg stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen

Karl Böhn
Sohn des
Philipp Böhn,
Berneck

Marie Waldbach
Tochter des
Martin Waldbach,
Gaugenwald

Kirchgang 12 Uhr in Zwerenberg.

Altensteig.

Ich habe zwei Stück wenig gebrauchte, guterhaltene

Ulmer Plüge

für leichte-eren Zug, sowie eine guterhaltene

Deering-

Mähmaschine

für Einspännerzug preiswert abzugeben.

Anfragen an

Julius Schumacher
Landwirtsch. Geräte und Eisenwaren.

Büro Gasthof zum Grünen Baum, Telefon 20

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten Teppichhaus Agay & Glück, Frankfurt a. M. Schreiben Sie sofort 248.

Einladung

zur Eröffnung des Saalbaus zur „Traube“ in Nagold

Wir gestatten uns hierdurch alle Freunde und Gönner zu der am Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 6 Uhr stattfindenden

Saalbau-Eröffnung

unter Mitwirkung des Ver. Lieder- und Sängerkranzes nebst Streichmusik der städt. Musikkapelle freundl. einzuladen.

Chr. Leitz und Frau

NB. Das Essen beginnt pünktlich um 6 Uhr; gefl. Anmeldungen hiezu bitten wir uns bis spätestens Mittwoch, den 25. Januar zukommen zu lassen.

TORPEDO

Die Unverwüstlichen mit leichtestem Anschlag



FÜR BÜRO UND REISE

TORPEDO
FAHRER- u. SCHREIBMASCHINEN
WEILWERKE A.-G.
BRANDENBURG AM MAIN-RECHEN

Torpedo-Schreibmaschinen

sind zu beziehen durch die W. Rieker'sche Buch- u. Schreibwarenhdlg. Telefon 11 Altensteig Telefon 11

Am Donnerstag, den 26. ds. Mts. findet ein



Rindvieh- und Schweinemarkt

in Pfalzgrafenweiler Hatt, wozu eingeladen wird.

Krieger-Berein Ueberberg

Am Mittwoch, den 25. Januar, abends 1/8 Uhr hält der Kriegerverein im Gasthaus zum „Lamm“ seine

Generalversammlung

Wegen sehr wichtiger Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen notwendig der Vorstand.

Gompelshener.

Ein schönes, ein Viertel Jahr trächtiges



verkauft Chr. Wurfler.

50—60 Zentner gut ein- gebrauchtes Luzerne ewiges

Kleeheu

hat zu verkaufen.

Schmid, Spitalmeister Nagold.

